

■ Politische Rechte

Vorprüfung einer nichtformulierten Volksinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, nach Prüfung der am 31. Januar 2011 eingereichte Unterschriftenliste zu einer kantonalen, nichtformulierten Volksinitiative **"Vo Schönebuech bis sauber"** verfügt:

1. Die am 31. Januar 2011 eingereichte Unterschriftenliste zu einer kantonalen, nichtformulierten Volksinitiative "Vo Schönebuech bis sauber" entspricht den Formerfordernissen von § 69 GpR in Verbindung mit § 28 Absatz 3 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984. Sie enthält eine Rubrik für die Gemeinde, in welcher die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen stimmberechtigt sind, für das Datum der Veröffentlichung des Initiativtextes im Amtsblatt, ferner Titel und Wortlaut der Initiative, eine vorbehaltlose Rückzugsklausel, den Hinweis auf die Strafbarkeit der Fälschung des Ergebnisses der Unterschriftensammlung sowie Namen und Adressen von mindestens sieben Urheberinnen und Urhebern der Initiative.
2. Folgende Urheber der Volksinitiative sind ermächtigt, die Volksinitiative mit einfachem Mehr vorbehaltlos zurückzuziehen:
Argast Thomas, Ruchfeldstr. 24, 4142 Münchenstein; Berger Urs, Im Häslirain 115b, 4147 Aesch; Gorrengourt Christine, Lohweg 16, 4107 Ettingen; Hägeli Philipp, Leymenstr. 7, 4105 Biel-Benken; Keller Felix, Wirtsgartenweg 15, 4123 Allschwil; Meyer Franz, Rödlerweg 10, 4203 Grellingen; Mohn Sabrina, Bürgerweg 1, 4147 Aesch; Oberbeck Simon, Am Stausee 26, 4127 Birsfelden; Plattner Rolf, Dornachweg 40, 4144 Arlesheim; Schneider-Schneiter Elisabeth, Mühlegasse 32, 4105 Biel-Benken; Schuler Agathe, Waldeckweg 39, 4102 Binningen; Barbara Peterli Wolf, Stefanstrasse 15, Therwil.
3. Der Titel der nichtformulierten Volksinitiative "Vo Schönebuech bis sauber" entspricht den Erfordernissen des § 68 Absatz 2 GpR.
4. Gegen diese Verfügung kann gestützt auf die §§ 88 Absatz 1 Buchstabe c und 90 Absatz 1 GpR innert 3 Tagen seit der Mitteilung schriftlich und begründet beim Kantonsgericht Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Beschwerde erhoben werden. Diese Beschwerdebefugnis steht nur der Mehrheit des Initiativkomitees zu.
5. Mitteilung an: Geschäftsstelle CVP Basel-Landschaft, Herrn Simon Oberbeck, Geschäftsführer, Postfach, 4410 Liestal.
6. Veröffentlichung im Amtsblatt vom 10. Februar 2011.

Die Initiative hat folgenden Wortlaut:

Nichtformulierte Volksinitiative "Vo Schönebuech bis sauber"

Die unterzeichneten, im Kanton Basel-Landschaft stimmberechtigten Personen stellen, gestützt auf § 28 Absätze 1 und 3 der Kantonsverfassung, das folgende nichtformulierte Begehren und beantragen dem Landrat, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten:
Zur Bekämpfung der zunehmenden Verunreinigungen (sogenanntes Littering) im öffentlichen Raum fehlen einfache, rasch wirksame und mit vernünftigem Aufwand direkt vor Ort anwendbare Mittel.

Voraussetzung dafür ist ein Ordnungsbussenverfahren, das auch bei geringfügigen Übertretungen durch die Kantonspolizei oder andere vom Kanton ermächtigte Kontrollorgane verhängt werden kann. Was im Strassenverkehr normal ist, soll auch im übrigen öffentlichen Bereich bei Verunreinigungen möglich werden.

Gegenüber dem ordentlichen Strafverfahren ist das Ordnungsbussenverfahren für alle Beteiligten vorteilhaft, wirkt aber gleichzeitig durch das rasche, unkomplizierte Verfahren auch abschreckend.

Landeskanzlei Basel-Landschaft